

»Wir kommen, um Euch brüderliche Hilfe zu erweisen«

Prag 1968: Der Weg zur Entscheidung im Kreml

Von Stefan Karner

Vor vierzig Jahren hatte sich die Tschechoslowakei für einen Frühling lang ins freie Europa zurück gemeldet. Das Ergebnis ist bekannt: Das Experiment wurde brutal mit Panzern niedergewalzt. Doch die Ideen des »Prager Frühlings« lebten weiter. Zwanzig Jahre später konnte und wollte Gorbatschow nicht mehr verhindern, was in Prag vorgedacht wurde und was nun in Danzig oder Leipzig geschah: was die Berliner Mauer und den »Ostblock« auch von innen zum Einsturz brachte. Die Freiheit des Wortes. Ein Wendepunkt europäischer Geschichte.

In einem mit Unterstützung des österreichischen Wissenschaftsministeriums am Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung, Graz/Wien/Klagenfurt, von 2005 bis 2008 durchgeführten Projekt arbeiteten über achtzig Historiker aus Europa, den USA und Rußland. Erstmals konnten die in Moskau frei gegebenen Akten des ZK der KPdSU, der Schaltzentrale zur Entscheidung des Kreml, ausgewertet und publiziert werden.¹

Dienstag, 20. August 1968, kurz vor 22 Uhr. In die Abenddämmerung des Prager Himmels landet die erste sowjetische Militärmaschine. Luftlandetruppen nehmen den Tower und besetzen die Abfertigungshalle des Flughafens. Gleichzeitig rücken Panzer auf Prag und Bratislava vor. Die Invasion in die Tschechoslowakei hatte begonnen, der »Prager Frühling« war gewaltsam beendet. *»Wir kommen, um Euch brüderliche Hilfe zu erweisen und mit vereinten Kräften die Sache des Sozialismus in der Tschechoslowakei zu verteidigen«, denn »mit der Abwehr der Konterrevolution darf keine Minute gezögert werden«, lautete der Aufruf der einmarschierenden Truppen an die Volksarmee der ČSSR.*²

»Lenin, wach auf und sieh, wie Brežnev den Verstand verloren hat! Dubček – Svoboda, Dubček – Freiheit!« Wut, Empörung und Ohn-

macht schlugen den Besatzern entgegen. Mit bloßen Händen trommelten Tschechen und Slowaken gegen die Panzer der Sowjets, Bulgaren, Polen und Ungarn. Die DDR durfte nicht mit einmarschieren, sehr zum Ärger von Ulbricht. Dreißig Jahre nach Hitlers Einmarsch wollten die Moskau ergebenden Kräfte keine deutschen Truppen in Prag sehen.³

Kurz zur Vorgeschichte: Stalins Tod 1953 und die Entstalinisierung, beginnend mit Chruschtschows Geheimrede 1956, führten auch in der Tschechoslowakei zu einer Verurteilung des Personenkults. In der ČSSR amtierte seit 1957 Partei- und Staatschef Antonín Novotný. Er hatte nicht nur sein Land durch vorsichtige Wirtschaftsreformen in die erste Liga des COMECON gebracht und einen Spalt an Liberalisierung und Meinungsfreiheit (wie Live-TV-Diskussionen in Kooperation mit dem ORF – Helmut Zilk –,⁴ die Kafka-Konferenz in Liblice oder das Tabuthema der Schauprozesse der fünfziger Jahre im »Kulturný život«) zugelassen, sondern war auch 1964 als einziger Ostblock-Führer der Absetzung Chruschtschows durch Brežnev kritisch gegenüber gestanden. Besonders letzteres hatte ihm Brežnev übel genommen. Als sich in der ČSSR 1967 Unzufriedenheiten und Unruhe breit machten, formuliert vor allem von Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen wie Václav Havel und Pavel Kohout, und sich Novotný auch gegen eine Stationierung sowjetischer Raketenbasen im Land stellte, ergriff Brežnev die Gelegenheit. Die Würfel fielen Anfang Dezember 1967 während eines überraschenden »Urlaubs«-Besuches des sowjetischen Parteichefs. Forstminister Josef Smrkovský im ZK der KPČ am 5. Jänner 1968 zu Novotný: *»Was wir brauchen, ist ein Erster Sekretär, der ist, was er sein soll: Erster unter Gleichen!«*

Der Rest war Formsache: Novotný mußte zurücktreten und für den slowakischen KP-Chef Alexander Dubček Platz machen, blieb jedoch Staatspräsident. Dieser Wechsel an der Parteispitze am 5. Jänner 1968 markierte den eigentlichen Beginn des »Prager Frühlings«, einer zunächst von der Parteispitze verordneten Reform des sozialistischen Gesellschaftsmodells, die sich bald verselbständigte: *»Studenten, Schriftsteller und Journalisten treten in Betrieben gezielt auf. Der Gegner hat faktisch die Prager Universität in der Hand. Die Presse veröffentlicht Stimmen aus der Arbeiterklasse, in denen die Opposition unterstützt wird. Die gegnerischen Kräfte werden zentral gesteuert. Es gibt vermutlich ein offenes und ein illegales Zentrum«,* rapportierte DDR-Botschafter Peter Florin schon Anfang März nach Ost-Berlin. Und nannte gleich die gefährlichsten Namen: Smrkovský, den Ökonomen Ota Šik, den Chef des Schriftstellerverbandes Eduard Goldstücker und Jiří Pelikán, den Fernseh-Direktor. Und natürlich Dubček selbst. Dieser war zwar sechzehn Jahre lang in der Sowjetunion in Partei- und Kaderschmieden erzogen worden, hatte sich jedoch weitgehend von den Doktrinen gelöst und von Beginn an versucht, seine Vision eines »Kommunismus mit menschlichem Antlitz« zu verwirklichen.

Der Kreml beschränkte sich zunächst darauf, die Lage in der ČSSR als schwierig und widersprüchlich zu bezeichnen. Ja, man wäre, wie man immer wieder zu verstehen gab, mit dem eingeschlagenen Reformkurs prinzipiell einverstanden. Anders die ostdeutschen, polnischen und bulgarischen Genossen. Polens KP-Chef Władysław Gomułka traf sich daher nach Absprache mit Moskau schon Anfang Februar mit der Prager Parteispitze. Dubčeks Bemühungen, die Lage in seinem Land in bestem Licht darzustellen, überzeugten Gomułka nicht.

Der zivile Widerstand gegen die Besatzer: Tschechoslowakische Zivilisten mit Fahnen gegen Panzer. Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).

Für die SED mußten die Reformen beendet werden, um das Machtmonopol der KPČ zu restaurieren, denn in Prag sei die Konterrevolution ausgebrochen.

Erst nach der Lockerung der Zensur und den vielen Absetzungen von KP-Funktionären begannen Teile der Moskauer Führung »besorgt« zu reagieren, vor allem nach einem Bericht von Außenminister Andrej Gromyko und von KGB-Chef Jurij Andropov, den die beiden am 15. März dem Politbüro vorlegten. Das prognostizierte Horrorszenario: Ohne Gegenmaßnahmen drohe in der ČSSR der Kapitalismus und damit die Spaltung des Warschauer Paktes.

Der Beginn der Reformen bedeutete für Dubček Druck von zwei Seiten: Von den Hardlinern des Kreml und den KP-Chefs Walter Ulbricht und Gomulka und von den orthodoxen Kräften in der Tschechoslowakei selbst. Schon im März 1968, zwei Monate nach seiner Inthronisation, brüskierte Dubček den Kreml, als er die Einladung einer Militärdelegation nach Moskau ablehnte. Die restaurativen Kräfte um Novotný gaben sich freilich nicht so schnell geschlagen. Zunächst forderte ihn der Kreml auf: Kein Rücktritt als Staatspräsident! Danach plante man, Novotný im Amt zu halten, und die Verhaftung der Reformer, ein Putschangebot: General Vladimír Janko sollte nach einer Liste mit 1030 Namen und mit seiner Panzerdivision vorgehen und die Verhaftungen durchführen. Das Angebot scheiterte am Njet der Sowjets. Nach der Veröffentlichung der Liste beging Janko Selbstmord, und Novotný mußte vom Präsidentenamt zurücktreten. Die Ernennung von General Ludvík Svoboda, einem Kriegskameraden Brežněvs (»wir sind zusammen durch die Sowjetunion und durch Rumänien marschiert«) und »Helden der Sowjetunion« zum neuen Staatspräsidenten



gab den Reformern weiteren Auftrieb. Svoboda amnestierte auch sofort über tausend politische Gefangene.

Nach 25 Jahren Sozialismus: Habt ihr denn bis jetzt keine Demokratie?

In dieser Situation lud Brežněv die KP-Chefs der Bruderstaaten nach Dresden, offiziell um die Wirtschaft im COMECON zu besprechen. Kaum war die Einladung ausgesprochen, tauchte in Moskau bereits der Gedanke auf, man solle auch »auf der militärischen Linie nachdenken«. Politbüro-Hardliner Kiril Mazurov sprach es offen an: »Wir haben uns auf die äußerste Maßnahme vorzubereiten«.

Die Führung der KPČ fand sich in Dresden vor einem Tribunal wieder. Gleich zu Beginn gab Brežněv die Order aus: »Das Gespräch wird sehr ernst. Keine Protokolle, keine Stenogramme. Die technischen Mitarbeiter bitte zu entlassen«. Dennoch: Ulbricht ließ insgeheim

ein Tonband mitlaufen. Das Protokoll dokumentiert den Beginn der Konfrontation gegen die Prager Reformer. Ohne große Umschweife kam Ulbricht sofort zur Sache: »Wir hoffen, daß uns Genosse Dubček eine Information gibt über die Pläne des ZK der KPČ und über die Vorbereitung ihres Aktionsprogramms.«⁵

Dubček war vollkommen überrascht und unvorbereitet, darüber »ohne Konzept und ohne Manuskript«, zu sprechen. Geschickt betonte er das wirtschaftliche Potential des Landes, den Aufbau der sozialistischen Volkswirtschaft, die »Wirtschaftsbeziehungen zu unseren sozialistischen Nachbarn als Basis zur Festigung der politischen Beziehungen«. Erst dann schlug er die Pflöcke ein, die von den anderen KP-Führern als Keulen aufgenommen wurden: Die KPČ werde in Zukunft nicht mehr die führende, sondern »eine große Rolle spielen«. Es werde geheime Wahlen in der Partei geben, »die es bei uns noch



nie gegeben hat». Und neue KP-Sekretäre werden eingesetzt, rekrutiert »aus dem Kollektiv derer, die dort arbeiten«. Dies bedeute, so Dubček, eine Liberalisierung der Gesellschaft und die Abstützung der Politik auf die Intellektuellen und die Jugend.

Mit diesem Dreck fertig werden!

Das war starker Tobak. Brežnev antwortete als erster und knallhart: »Erkläre mir doch einmal, was du unter Liberalisierung der Gesellschaft verstehst? Unter Demokratisierung? 25 Jahre baut ihr den Sozialismus auf. Habt ihr denn bis jetzt keine Demokratie? Oder wie soll man das verstehen?« Und dann kamen jene konkreten Vorwürfe, die Dubček bis zu seiner Ablösung nicht mehr los wurde:

- Verleumdung der KP und der Sowjetunion, selbst im KP-Organ *Rude pravo*,
- Attacken gegen die Armee, die Regierung und einzelne verdiente Kommunisten.
- Tendenzen zu einem »tschechischen Sozialismus«: »kleinbürgerlich, revisionistisch, nationalistisch«,
- Zuschreibung der Verantwortung für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten an die UdSSR und die Zusammenarbeit im COMECON.
- Hinwendung zum Westen, »Hilfe und Kredite von dort. Denn die Sowjetunion raube ja

die ČSSR aus! Daß man sich dabei um den Wohlstand der Werktätigen sorgt, ist reine Tarnung!«

- Schließlich die Medien, Radio, Fernsehen, Zeitungen: »Sie sind ohne Leitung«, was im Kontext »ohne Zensur« hieß.

Danach fiel zum ersten Mal das Schlüsselwort der Anklage: »Konterrevolution« und die Gefahr eines Austrittes aus dem Warschauer Pakt, verpackt in eine rhetorische Frage: »Warum wird oben gesagt: Unser Volk weiß nicht, welchen Inhalt der Warschauer Vertrag hat. Aber wenn unser Volk das wüßte, würde es sehr schnell aus dem Vertrag ausscheiden. Als ob das ein knebelnder Vertrag wäre!«

Seine Brandrede faßte Brežnev in vier Anklagepunkten zusammen:

- Antisozialismus (sichtbar in der diskutierten »Entfernung des 5-zackigen Sterns aus dem Wappen«) und einen »tschechischen Sozialismus«, um einen Systemwechsel einzuleiten,
- Antisowjetismus (man sagt: »Wir wollen nicht unterstellt sein«),
- Neutralitätspolitik: den Austritt aus dem Warschauer Pakt und die Hinwendung zum Westen (»ein durchdachtes Vorhaben!«) vorzubereiten und
- Freie Medien, mit denen der Aufbau einer »Konterrevolution« zugelassen wird.

Dennoch ließ Brežnev seinen Mann in Prag, Dubček, nicht fallen: »Wir haben die Hoffnung, daß sie mit Dubček an der Spitze die Ereignisse ändern und die gefährliche Entwicklung verhindern können. Wir sind bereit, ihnen moralische, politische und demokratische Hilfe zu geben. Wenn das aber nicht möglich ist oder wenn sie das als falsch betrachten, dann können wir trotzdem gegenüber der Entwicklung in Prag nicht teilnahmslos bleiben.« Denn es gehe um die »Sicherheit der sozialistischen Staaten.«

Das politische Ziel gegenüber der KPC war formuliert: Die KPC sollte ihr Machtmonopol in der Tschechoslowakei behaupten und die »Konterrevolution« aus eigener Kraft niederschlagen. Und diese Leitlinie galt im wesentlichen bis zum Einmarsch. Gomułka (»das ist die wichtigste Schlussfolgerung«), Ulbricht (»die Entwicklung mehrerer Jahre kommt jetzt hoch: freie Wahlen, Parlament mit Opposition, Rehabilitation, aktive Neutralität – nicht mehr Warschauer Vertrag; nicht mehr KP-Machtmonopol, sondern offene Gesellschaft!«) und der Bulgare Stanko Todorov (Živkov weilte gerade in der Türkei) teilten die Linie. Nur János Kádár warb um Verständnis für die Reformer. Und Ministerpräsident Kosygin forderte nochmals von Dubček, »mit dieser Konterrevolution fertig zu werden, mit diesem Dreck, der jetzt überall hoch

Links: Ein Panzer rammt ein Stadthaus. Rechts: Josef Smrkovský bei einem improvisierten Treffen mit Jugendlichen am Prager Wenzelsplatz vor dem Treffen in Bratislava am 2. August 1968. Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).

kommt«, und warnte, »wenn wir die Presse verlieren, das Fernsehen, das Radio, dann wird es natürlich sehr schwer.«

Die Reformen⁶

Dubček informierte seine KP-Genossen nur vage über die sowjetischen Forderungen: *»Ich kann sagen, daß die gewissen Sorgen und Ratschläge, die ausgesprochen wurden, in dem Geiste vorgetragen wurden, daß die Genossen diese Sorgen nur deswegen äußern, weil sie hinter uns stehen und wollen, daß die Dinge gelingen.«* Die ZK-Mitglieder Kolder, Bil'ak und Lenárt pflichteten ihm bei. Die Reformer ignorierten die Dresdener Warnungen. Sie wollten den Übergang vom Sozialismus sowjetischen Typs zu einem demokratischen Sozialismus.

Schon wenige Tage später, am 5. April 1968, folgte das entscheidende Plenum der KPČ mit einem »Aktionsprogramm«, das in den nach Moskau orientierten europäischen KP-Zentralen alle Alarmglocken schrillen ließ: Verzicht der KPČ auf ihr Machtmonopol, teilweise Privatisierung der Wirtschaft (Klein- und Mittelbetriebe), Säuberung der Wirtschaft von politischen Direktiven, Übertragung von Entscheidungskompetenzen an Betriebsräte, Grund- und Freiheitsrechte, Aufhebung der Zensur, Ausbau der Minderheitenrechte für Ungarn, Polen, Ukrainer und Deutschen, politische Rehabilitation und Wiedergutmachung, Rehabilitation von politischen Opfern sowie föderale Regelung des Verhältnisses zwischen Tschechen und Slowaken.

Konsequent resultierte aus dem KPČ-Plenum eine neue Führung, die fünfzehn der neunzehn neuen Minister in die Regierung unter Oldřich Černík entsandte, unter ihnen Innenminister Josef Pavel, der die Neubesetzungen im Geheimdienst nicht mehr mit dem KGB abstimmt. František Kriegel und Josef Smrkovský rückten in die erste Reihe der Reformer auf. Die Reaktion aus Moskau folgte auf dem Fuße. Brežnev



kritisierte das Plenum tags darauf als »revisionistisch«. Die ZK-Sprachregelung wurde am 10. April im ZK fixiert: *»Wir werden die Tschechoslowakei nicht aufgeben!«,* was konkret bedeutete: Militärmanöver in Südpolen und in der Tschechoslowakei (»Šumava«), die Anlage von Personal-Dossiers durch die Stasi als Basis für Säuberungen in der KPČ, die Störung deutscher Sendungen von Radio Prag, die Störung westlicher Rundfunksender, eine Rüge wegen der »absolut abnormalen und gefährlichen Situation« an den Grenzen zur BRD (Westtouristen »überschwemmen« das Land, sind teilweise Spione und bedrohen die sozialistische Ordnung), mehrere Treffen der KP-Führer, teils ohne die KPČ.

In Moskau wurden das »Aktionsprogramm« und die folgende Regierungserklärung von Černík zur wichtigsten Triebfeder, die den »Falken«, wie dem Chefideologen

Suslov, Auftrieb gab, zum Angriff überzugehen und erste Maßnahmen einzuleiten. Für Verteidigungsminister Andrej Grečko war klar: *»Wir sind jederzeit bereit, gemeinsam mit den Armeen der Länder des Warschauer Paktes dem tschechoslowakischen Volk zu Hilfe zu kommen.«* Die Tschechoslowakei war für die Militärs wichtig: sicherheitspolitisch und rüstungsindustriell, was besonders der KGB unter dem Hardliner Andropov so sah.

Zur wichtigsten Triebfeder von außen, das tschechoslowakische »Problem« gewaltsam zu »lösen«, wurden Ulbricht und Gomułka; ihnen folgte Živkov. Janos Kádár in Ungarn zögerte. Für Ulbricht ging es besonders um den eigenen Machterhalt. Gomułka unterstützte die Idee einer »bewaffneten Intervention«. Auch die Bulgaren hatten sich *»entschieden für die Ergreifung aller Maßnahmen, auch militärischer, wenn es notwendig ist«,* ausgesprochen. Živkov: *»Es agieren*



DVA TISÍCE SLOV

Nejdřív ohrozila život našeho národa válka. Pak přišly další špatné věci s událostmi, které ohrožily jeho zdraví a charakter. S naděmi přijala většina národa program socializmu. Jeho mizení se však došlo do rukou nepravým lidem. Nedělo by tolik, že neměli dost státních zkušeností, věcných znalostí a filosofického vzdělání, kdyby spořádkovali věci obvyklým moudrostí a slušností, aby uměli vyslechnout mínění druhých a přizpůsobili své postupné vystupování schopnějším. Komunistická strana, která měla po

válce velkou důvěru lidí, postupně ji vyměňovala za úřady, až je dostala všechny a nic jiného už neměla. Musíme to tak říci a vědět, že ti komunisté mezi námi, jejichž zklamání nad výsledky je tak velké jako zklamání ostatních. Chybná linie vedení změnila stranu z politické strany a ideového svazku v mocenskou organizaci, jež nabyla velké přitažlivosti pro vládyčtivé sobce, vyčítavé zbabělce a lidi se špatným svědomím. Jejich příliv zapůsobil na povahu i chování strany, která nebyla uvnitř zařízena tak, aby v ní bez ostudných

KTERÉ PATŘÍ
DĚLNÍKŮM,
ZEMĚDĚLCŮM;
ÚŘEDNÍKŮM,
VĚDCŮM,
UMĚLCŮM
A VŠEM

příchod mohli nabývat vlivu pořádní lidé, kteří by ji plynule proměňovali, tak aby se stále hodila do moderního světa. Mnozí komunisté proti tomuto úpadku bojovali, ale nepodařilo se jim zabránit ničemu z toho, co se stalo.

Poměry v komunistické straně byly modelem i příčinou stejných poměrů ve státě. Její spojení se státem vedlo k tomu, že ztratila výhodu odstupu od výkonné moci. Činnost státu a hospodářských organizací neměla kritiku. Parlament se odnáušl rokovat, vláda vládnout a ředitelé řídit. Volby neměly význam, zákony ztratily váhu. Nemohli jsme důvěřovat svým zástupcům v žádném výboru, a když

toto číslo vychází
v nákladu 300 000 výtisků



— KEŽ NENASTANÚ KOMPLIKÁCIE, MALO BY TO BYŤ V DEVIATOM
MESIACI DONOSENÉ

Haďák

Začal v komunistické straně. Musíme to říci a vědět, že ti nekomunisté mezi námi, kteří odsud už nic dobrého nečekali. Je ovšem třeba dodat, že tento proces ani nemohl jinde začít. Vždyť jenom komunisté mohli po celých dvaceti let žít jakýmsi politickým životem, jen komunistická

reho systému vládnutí, kdy se v klidu a míru na nás účt zkompro-mitovali politické jistoty. Pravda tedy nevítež, pravda prosím zbývá, když se všechno ostatní prostruje. Nemíťte tudíž důvodu k národní vítěznosti, je pouze důvod k nové naději.

O koho se opřít

J. LIEHM

Donedávna jsem se nesetkal s žádným příslušníkem KANu, jaksi nem proměškal obrodnou příležitost. Až onehdy v Karlových Varech. Pozvali mě na svou schůzi a mně přišlo, že je to čest, když dnes neranici pozvou sami od sebe komunistu na kus pážné řeči. Byl to velký večer, a navíc politická schůze, po jakých se mi v uplynulých letech často stýskalo, třebaže schůzi nebylo málo. Mluvil se věcně, inkrementně, všichni účastníci toho večera měli zřejmě chuť angažovat se pro pokrok a rozvoj země, která je jejich vlastí, a přitom neměli zvyky prosáklé politickou rutinou a hlavy unavené tolika lety marškování na bludných ulích. Události posledních měsíců u nás brali váž-

dort westliche Kontaktstellen. In der Tschechoslowakei wie auch in Polen spielt der Zionismus eine große Rolle [...]. Es ist dies alles auch das Wirken der jugoslawischen Führung, die über Rumänien, Polen und die Tschechoslowakei versucht, in unsere Familie hineinzuwirken. Es ist nicht notwendig, stalinistische Methoden der Vergangenheit anzuwenden, doch müssen wir [...] Methoden wählen, mit denen wir in der Tschechoslowakei, in Rumänien und danach auch in Jugoslawien Ordnung schaffen können.«

Seit Alexander Dubček im Jänner 1968 KPČ-Chef geworden war, hatte sich die Tschechoslowakei nach zwanzig Jahren stalinistischer KP-Herrschaft wieder nach Europa zurück gemeldet. Sein »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« war konkret: Presse- und Reisefreiheit, Grenzöffnungen zu Österreich und West-Deutschland, Privatisierungen und neue Leute wie Černík, Smrkovský, Zdenek Mlynář oder Svoboda. Vereine wurden gegründet, die bürgerlichen Grundfreiheiten gelebt. Literární listy, die Klubs »K-231« und »KAN« (Engagierte Parteilose) wurden Sammelbecken zur (Wieder)Gründung einer Sozialdemokratischen Partei, Regisseure wie Miloš Forman, Wissenschaftler und Schriftsteller erlangten

Kult-Status. Die Katholische Kirche blühte auf, die Slowaken hatten Hoffnung auf nationale Selbständigkeit in einer neuen Föderation.

Konterrevolution

Diesen neuen Schwung spürte auch Todor Živkov, der Ende April in Prag zum ersten Mal persönlich mit Dubček zusammentraf. Als Dubček seine Reformen verteidigte, war für Živkov klar: Dubček ist ein Revisionist, in der ČSSR gibt es eine Konterrevolution und eine Restauration des Kapitalismus. Er hatte in der KPČ ein drittes revisionistisches Zentrum ausgemacht, dessen »innerer Kern« unter anderem »aus Juden besteht«. Ulbricht stimmte dem zu und forderte ein weiteres Treffen. Zu diesem kam es zum Jahrestag des Kriegsendes, am 8. Mai, in Moskau. Dabei gerieten die KP-Führer (ohne die KPČ) in eine für sie eigenartige prekäre Situation. Einerseits forderten die »Bruderparteien« äußerste Maßnahmen, andererseits war man sich im Kreml darüber im klaren, daß solche nur den letzten Ausweg darstellen konnten. Daher sollte die KPČ-Führung zunächst noch nicht im gesamten attackiert werden, in der Hoffnung,

die »gesunden Kräfte« in der ČSSR würden an Einfluß gewinnen. Für Ulbricht die falsche Taktik, war doch Dubček für ihn bereits zum hoffnungslosen Fall geworden, auch für Gomulka. Anders Kádár, für den die Reformen in Prag keine Konterrevolution waren. Wilde Attacken von Gomulka und Ulbricht auf ihn folgten.

Kádár bezog sich vor allem darauf, daß der Sozialismus selbst von den KP-Reformern in Prag nicht zur Diskussion gestellt wurde. Weitere, offene Unterstützungen des Dubček-Kurses kamen unüberhörbar aus Belgrad und Bukarest, aus den Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs, nur vereinzelt und schwach aus der linken deutschen und französischen »68er-Bewegung« und indirekt durch China.

Seit Mai gab es in Moskau keine ZK-Sitzung mehr ohne die »tschechoslowakische Frage«. Dennoch war die Wortwahl noch moderat, weil man »Dubček dazu bewegen [wollte], freiwillig im Land Ordnung zu schaffen«. Freilich mit dem Nachsatz: Sonst »werden die Bruderparteien Mittel und Wege finden, um zu handeln« (der Moskauer KP-Sekretär Gršin). Parallelen zu Ungarn 1956 zog vor allem KGB-Chef Andropov, damals sowje-

Links: Literární Listý, 27. Juni 1968: Erster Abdruck des Manifests der 2000 Worte. Daneben in der Karikatur: Alexander Dubček als Geburtshelfer der schwangeren Marianne, der Symbolfigur für die Freiheit aus der Französischen Revolution. Text: »Sollte es keine Komplikationen geben, so wird es wohl im 9. Monat zur Welt kommen.« Rechts: Dubček in Bratislava am 3. August 1968. Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).



tischer Botschafter in Budapest: *»In Ungarn fing es auch so an.«* Noch gab Brežnev die Linie vor, und er präferierte eine politische Lösung: die KPČ sollte selbst zurückrudern. Doch die »Falken« formierten sich: Andropov, Mazurov, Suslov, Grečko, bis zum Sommer Kosygin – auch der ukrainische KP-Chef Petro Šelest, der zurecht ein Überschwappen des tschechoslowakischen Reformprozesses auf die Ukraine befürchtete und *»eine klare Festlegung«* forderte, *»wer in diesem Kampf zu uns gehört, auf wen wir uns verlassen können!«* Kunaev aus Kasachstan brandmarkte Dubček überhaupt als *»prinzipienlosen Politikaster«*. Und die Moskauer »Falken« wurden mit jeder neuen Reform in Prag stärker.

Der Druck aus der Bevölkerung, die Reformen weiter zu beschleunigen, wurde immens, und die KPČ konnte ihm nicht nachgeben, wollte sie nicht eine sofortige Reaktion aus Moskau herbeiführen. Dubček agierte wie ein Lokführer zweier Züge: Eines »Volksexpreß« und eines langsamen Partei-Frachtenzuges. Beide Züge waren zu koordinieren und auf den Moskauer Generalplan abzustimmen. Eine unlösbare Aufgabe.

Manifest der 2000 Worte

Der »Prager Frühling« kulminierte am 27. Juni 1968, als der Schriftsteller Ludvík Vaculík und weitere 67 Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler, das sogenannte *Manifest der 2000 Worte* veröffentlichten: Eine Abrechnung mit den zwanzig Jahren KP-Herrschaft in der ČSSR und eine Warnung zum Fortgang der Entwicklung: Die Demokratisierung nicht zu stoppen, die Föderalisierung durchzuführen und die Gefahr

zu sehen, *»daß in unsere Entwicklung ausländische Kräfte eingreifen könnten«*. Die weitere Demokratisierung, so das Manifest, könne daher nur außerhalb der KPČ gesichert werden. Der Sozialismus als Gesellschaftsform stand zur Disposition. Und an die eigene Regierung: *»Wir werden hinter ihr auch mit der Waffe in der Hand stehen.«* Noch nachts darauf soll Brežnev bei Dubček angerufen und einen *»sofortigen Angriff der Volksmilizen gegen die konterrevolutionären Kräfte«* gefordert haben. Obwohl sich die KPČ vom Manifest distanzierte, erschien das Manifest für den Kreml wie ein direkter Aufruf zur Konterrevolution.

Das Manifest löste auch im ZK der KPdSU eine breite Stimmung für eine militärische Lösung aus. Die politische Weichenstellung dafür erfolgte am 15. Juli beim Treffen der fünf »Bruderstaaten« in Warschau. Die KPČ hatte die Teilnahme, wohl wissend, was sie dort erwarten würde, verweigert. Die fünf Parteien sandten einen gemeinsamen Brief an die KPČ, in dem sie ultimativ eine Kurskorrektur forderten. Živkov verlangte die Besetzung der ČSSR durch Truppen des Warschauer Paktes – dem widersprach kein anderer Parteiführer mehr. Im Gegenteil: Gomułka und Ulbricht unterstützten ihn lautstark. Ulbricht drohte auch Kádár: *»Der nächste Schlag wird gegen Euch geführt.«* Nur Brežnev spielte noch auf Zeit, bevor die *»äußersten Maßnahmen getroffen«* würden. Welche es sein würden, war allen klar, selbst dem KP-Sekretär aus Volgograd, der versprach: *»Wir werden den Sozialismus so verteidigen wie die Rote Armee Stalingrad!«*

Dennoch war der Einmarsch eine beschlossene Sache. Mehr noch: Es wurde

bereits für die Zeit danach geplant. Das Politbüro in Moskau beauftragte am 22. Juli Verteidigungsminister Grečko, *»Maßnahmen für die Zeit nach dem Einmarsch zu ergreifen«*. Daß es dennoch zu abermaligen Verhandlungen kam, geht vermutlich auf Brežnev zurück. Dubček sollte schriftlich konkrete, möglichst unhaltbare Zusagen machen, deren Nichterfüllung dann als Grund für die Intervention dienen würden. In diese Kategorie fällt vor allem die Forderung Brežnevs, eine »politische Lösung« auf Basis der Dresdener Bedingungen zu finden.

Čierná nad Tisou

Am 29. Juli kam es überraschend zu einem bilateralen Treffen mit ostslowakischen Čierná nad Tisou. Zum ersten und einzigen Mal fuhr das gesamte Moskauer Politbüro außer Landes. Ein ZK-Mitglied mußte wegen Krankheit sogar im Pyjama anreisen. Es wurde absolutes Stillschweigen vereinbart. Umso entrüsteter reagierte der Kreml, als er tags zuvor erfuhr, daß die ausländische Presse bereits vor Ort war. Der Kreml hatte in Čierná keinen Erfolg erwartet und bereits unmittelbar darauf ein Treffen in Moskau angesetzt, um die weiteren Schritte zu beschließen. Das wurde abgesagt, denn wider Erwarten hatte man am 30. Juli auf Vorschlag Moskaus »eine Übereinkunft« erzielt. Dubček hatte sich gefügt und zugesagt, Reform-Exponenten wie Kriegel oder Císar sofort zu entlassen, die Medien zu »beherrschen«, die Klubs »aufzulösen« und die *»Arbeit der Sozialdemokratischen Partei zu unterbinden«*.

Damit hatte Dubček theoretisch noch eine allerletzte Chance, zumindest jedoch Zeitgewinn. Auch am 3. August in Bratisla-



va, wo die »Warschauer Fünf« mit der KPČ zusammentrafen und eine gemeinsame Erklärung veröffentlichten, die der Legitimation des ins Auge gefaßten »bürokratischen Putsches« gleichkam. Während des Treffens übergab Vasil Bil'ak der sowjetischen Delegation den »Einladungsbrief der gesunden Kräfte« der KPČ, in dem um eine »kollektive Hilfsaktion« der fünf Interventionsstaaten gebeten wurde. Die Übergabe des Briefes soll auf einer Toilette stattgefunden haben.

Sechs Tage später rief Brežnev von der Krim bei Dubček an und mahnte die Vereinbarungen ein: »Sascha, ich wollte, daß Du verstehst, daß wir einigermaßen nervös werden. Womit können wir helfen?« Dubček: »Derzeit beanspruche ich keine Hilfe.« Brežnev: »Du hast im Präsidium Personen, auf die Du Dich stützen kannst. Daher sage ich Dir, Sascha, nochmals, Du wirst ohne Leute, die unserer Sache ergeben sind, mit der Rechten nicht fertig! Du mußt Dich auf die gesunden Kräfte stützen.« Dubček: »Wir werden uns mit diesen Fragen beschäftigen, Genosse Brežnev.« Darauf dieser: »Ja, ich wünsche Euch Erfolg, ich wünsche Dir alles Gute, Sascha. Auf Wiedersehen.«

Das Wiedersehen kam früher als von

Dubček erwartet. Zuvor meldete sich Brežnev am 13. August nochmals. In diesem phasenweise emotionell geführten Telefonat bekam Dubček die gesamte Breitseite an Vorwürfen zu hören, die sich in den Augen des Kreml angestaut hatten. Er habe Reformen nicht ausgetauscht, die »Konterrevolution« und die Medien nicht in den Griff bekommen und die Tschechoslowakei nicht auf einen moskautreuen Kurs zurück geführt. »Nun gut, Sascha, ganz direkt. Stehst Du persönlich zu der Erfüllung der Verpflichtungen von Čierná?« Dubček reagierte fast apathisch, war gereizt: »Es wird ein Plenum geben, dieses entscheidet alles.« Brežnev: »Du weichst wieder von der direkten Antwort ab.« Dubček: »Wenn Sie glauben, daß wir Sie betrügen, dann ergreifen Sie jene Maßnahmen, die Sie für richtig halten.« Brežnev: »Siehst Du, Sascha, die Maßnahmen werden wir sicherlich ergreifen.« Man verabschiedete sich und faßte ein neuerliches Gespräch ins Auge. Zu diesem kam es dann schon unter ganz anderen Vorzeichen, im Kreml.

Als Zeichen der Solidarität mit den Prager Reformern stattete vom 9. bis 11. August Tito der ČSSR einen Besuch ab. Tito

lobte den Reformkurs und wurde von der tschechoslowakischen Bevölkerung begeistert empfangen. In der Presse gab es Gerüchte über eine mögliche engere Zusammenarbeit der drei »Donaustaaten« Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Am 16. August kam Rumäniens Nicolae Ceauşescu, um einen Freundschafts- und Bündnisvertrag abzuschließen. Ein Blitzbesuch von UNO-Generalsekretär U Thant unmittelbar zum vorgesehenen Datum des Einmarsches wurde sowjetischerseits in letzter Minute verhindert, dafür traf sich Dubček auf sowjetischen Vorschlag noch am 17. August abends mit Kádár in Komárno.

Die letzte Entscheidung zur Intervention traf das Politbüro des ZK der KPdSU am 17. August einstimmig: Einmarsch. Tags darauf trafen Živkov, Kádár, Ulbricht und Gomułka in Moskau ein und stimmten ausdrücklich zu. Brežnev wollte sie in die Pflicht nehmen. Gleichzeitig wurden die mit sich selbst beschäftigten USA, die schon vorher beruhigende Signale aus Moskau erhalten hatten, informiert, daß der Truppenaufmarsch nicht gegen die NATO gerichtet

Die Führer des Warschauer Pakts in Bratislava (von links nach rechts): Alexander Dubček im Gespräch mit Leonid Brežnev, Erich Honecker (dahinter), Walter Ulbricht, Vasil Bil'ak und Josef Smrkovský. Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).

sei. Außenpolitisch dominierten Vietnam und die Idee einer Abrüstung. Johnson selbst wollte nach Leningrad reisen, um Brežnev zu treffen. Da paßte der Einmarsch in Prag nicht ins Konzept. Vorwürfe über »Einflußsphären«-Abmachungen, wie von De Gaulle, wiesen die USA zurück. Dennoch blieb die Teilung Europas in Einflußbereiche gültig, wie Günter Bischof unterstreicht. Beide Seiten verfolgten eine »Kalte Kriegs«-Realpolitik.

Konec – Ende

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 begann die »Operation Donau«. Das noch um Mitternacht versammelte Präsidium des ZK der KPČ, beschäftigt mit dem für September geplanten Parteitag, verurteilte den Einmarsch sofort, wies jedoch die Armee an, den einmarschierenden Truppen keinen Widerstand entgegen zu setzen. Die wichtigsten Einrichtungen und die Redaktionen wurden besetzt, Untergrundsender zum Schweigen gebracht. Die Prager Führung um Dubček wurde verhaftet und im Flugzeug nach Moskau gebracht.

Als ihm Brežnev in Moskau anbot, gemeinsam »eine annehmbare Lösung« zu suchen, wußte Dubček, daß man aus ihm keinen Märtyrer machen, daß man ihn benützen würde. Brežnev: Die ČSSR darf nicht vom Sozialismus abkommen und die »gesunden Kräfte« müssen erhalten werden: »Das wird nicht schmerzfrei sein. Erinnern wir uns an Ungarn. Dort gab es nur Kádár. Heute ist das Volk reif geworden, hat gelernt!« Dubček sollte dem Kreml eine Exit-Strategie ermöglichen.

Zuerst wurde der inzwischen abgehaltene Parteitag der KPČ annulliert, denn, so Brežnev, »wenn man diese Mannschaft an die Macht läßt, dann Genossen, wird die ČSSR unverzüglich bürgerlich!« Da meldete sich plötzlich Staatspräsident Svoboda und ersuchte um einen Besuch im Kreml. Er hatte sich geweigert, eine neue Marionettenregierung unter Indra und Bil'ak anzuerkennen und war

nach Moskau geflogen, wo man ihn als Staatsgast empfing. Nicht im Bilde, daß der Kreml weiter auf die Karte Dubček setzte, verriet Svoboda schon im ersten Gespräch mit der Kreml-Führung den KPČ-Chef und schlug vor, Dubček abzulösen, um die ČSSR auf einen prosowjetischen Kurs zu bringen: »Wenn er zurücktritt, wäre es für uns alle besser!«

Das schließlich unterzeichnete Moskauer Protokoll kam einem Diktat gleich: Zurücknahme aller Reformen und Personalentscheide des Parteitags, Verbleib der Sowjettruppen bis zur »Normalisierung«. Moskau ließ im Gegenzug den ohnehin unhaltbaren Vorwurf der »Konterrevolution« fallen und bestätigte auch nicht mehr den angeblichen »Hilferuf« aus Prag.

Wer und von wo aus sollte das Ergebnis bekannt gegeben werden? Das Protokoll dazu: »Kádár: Svoboda soll nach Hause fahren. Seine Abwesenheit kann die Sache stündlich komplizieren. Gomulka: Sie werden verlangen, Smrkovský und Dubček sollten sofort zurückkommen. Genossen! Die Frage ist ganz einfach: entweder kapitulieren oder kämpfen.

Živkov: Es wird ein bewaffneter Kampf sein. Gomulka: Gegen die, die schießen, muß anders vorgegangen werden. Wenn es keine Ruhe im Land gibt, dann werden die Truppen in Aktion treten. Brežnev: Die Hysterie wird gewaltig sein. Gomulka: Svoboda und Černík müssen unterschreiben. Soll man hinschreiben: »Prag. Aber sie müssen hier am Tisch unterschreiben. Was darunter steht, ist nicht wichtig, wichtig ist die Unterschrift! Als Befehl muß das kommen. Und unseren Truppen muß man mündlich mitteilen: Wenn sie das nicht einhalten, werden die Truppen schießen.« Am 29. August teilte Dubček seinen Landsleuten über das Radio mit stockender Stimme das Moskauer Diktat mit.

Er, Černík und Smrkovský blieben vorerst im Amt und wurden kalt benutzt. Andere konnten untertauchen, flohen oder wurden verhaftet. Abgesehen von der bald so bezeichneten »Brežnev-Doktrin«, die fortan die Souveränität jedes einzelnen sozialistischen Staates beschnitt, erfaßte eine Welle des Protestes die Tschechoslowakei, die gesamte freie Welt, zahlreiche kommunistische Parteien in Westeuropa und schwappte – trotz größter Vorsichtsmaßnahmen – auch auf »Ostblock«-Staaten, selbst bis auf den Roten Platz in Moskau über. Ein »Schwarzbuch« enthüllte die Politik des Kreml, drei öffentliche Selbstverbrennungen aus Protest gegen die Invasion konnten nicht verhindert werden. Ein von der ganzen Welt registriertes Aufbäumen gab es bei den Spielen der sowjetischen und tschechoslowakischen Mannschaften bei der

Eishockey-WM 1969 in Schweden und infolge der drei Selbstverbrennungen 1969.

Die Ausschreitungen nach den Siegen der ČSSR nahm der Kreml zum Anlaß und ersetzte am 17. April 1969 Dubček durch den Slowaken Gustav Husák. Die folgende »Normalisierung« bedeutete die Rückkehr zur Zeit vor dem »Prager Frühling«.

An die fünfhundert Menschen starben durch den Einmarsch und im zivilen Widerstand. Doch die tatsächlichen Folgen von Prag 1968 waren viel langfristiger und stärker. Prag 1968 war der Anfang vom Ende des »Ostblocks«. Es dauerte freilich noch zwanzig Jahre, bis Gorbatschow, der gemeinsam mit dem Prager Reformator Mlynář studiert hatte, in der Perestrojka mit genau jenen Reformen begann, an denen Dubček durch die Panzer des Warschauer Paktes gescheitert war. Die Sowjetunion brach im Inneren zusammen, weil es einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« in der Praxis nicht geben konnte.

Anmerkungen

1. Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan u. a. (Hg.), *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968*, Bd. 1: Beiträge, Bd. 2: Dokumente, Wien/Köln 2008.
2. Folgende Darstellung basiert im wesentlichen auf den Ausführungen des Autors in: Stefan Karner/Günter Bischof/Manfred Wilke/Peter Ruggenthaler, Der »Prager Frühling« und seine Niederwerfung. Der internationale Kontext, in: Karner u. a. (Hg.), *Prager Frühling*, Beiträge (Anm. 1), 17–67.
3. Siehe hierzu Rüdiger Wenzke, Die Nationale Volksarmee der DDR. Kein Einsatz in Prag, in: ebenda, 673–686.
4. Siehe hierzu Helmut Zilk, Zum Beginn des »Prager Frühlings«: Die »Stadtgespräche Prag – Wien«, in: ebenda, 1089–1094.
5. Zur Rolle der »Bruderländer« während der tschechoslowakischen Krise siehe Manfred Wilke, Die DDR in der Interventionskoalition gegen den »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«, in: Karner u. a. (Hg.), *Prager Frühling*, Beiträge (Anm. 1), 421–446; Pawel Piotrowski, Polen und die Intervention, in: ebenda, 447–460; Iskra Baeva, Bulgarien – der treue Vasall des Kreml, in: ebenda, 461–480; Csaba Békés, Ungarn zwischen Prag und Moskau, in: ebenda, 481–500.
6. Siehe hierzu vor allem Oldřich Tůma, Die Dubček-Ära, in: ebenda, 81–92, sowie Jiří Hopen, Die Aufhebung der Zensur, in: ebenda, 115–132, und Otokar Turek/Miloš Pick, Die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre, in: ebenda, 133–140.

Univ. Prof. Dr. Stefan Karner, Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Schörgelgasse 43, 8010 Graz, stefan.karner@uni-graz.at